

erschient 6mal wöchentlich mit den wichtigsten Nachrichten...  
Verlag: Dresden, Hauptstraße 17, Telefon 11012.

Verlag: Dresden

Einzelnenpreis: Die 12teilige Beilage 20 J. Familien-  
ausgaben und Belegblätter 20 J. Die Belegblätter  
zu 10 J. pro Stück. In Halle  
höherer Preis. Jede Bestellung auf Lieferung sowie  
Bestellung d. Einzelnen-Kaufes u. Bestellung d. Belegblätter  
Gesamtlicher Teil: Kurtz Verlag, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Verlag: Dresden, Hauptstraße 17, Telefon 11012.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Klotzsche 1, Postfach 117, Telefon 3711  
und 11012.

## Zwischen Athen und Rom

(Von unserem Korrespondenten)

Wien, im Januar.

Zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres  
weilte Außenminister Michalakopoulos in Rom. Konnte an-  
lässlich des Jubiläum noch darauf verwiesen werden, daß  
der Finanzminister in Paris und der Außenminister in  
Rom dem gleichen Ziel nachstrebten, nämlich dem Einver-  
nehmen mit den Großmächten, die Gewährung der großen  
griechischen Staatsanleihe sicherzustellen, so handelte es sich  
diesmal zweifellos um ein politisches Ereignis, auch wenn  
man nicht alle Fanfaren einzelner italienischer Blätter als  
gangbare Münze nehmen will.

Michalakopoulos' erster Besuch hatte keine besonderen  
Ergebnisse gezeitigt. Eingeweihte wollten wissen, daß Musso-  
lini dem griechischen Außenminister bereits damals den  
Abschluß eines Freundschaftspaktes vorgeschlagen habe, daß  
aber Michalakopoulos Bedenken hatte, sich derart einseitig  
festzulegen, weil die Richtlinien des Gesamtministeriums  
auf die Erreichung der Anleihe eingestellt waren und man  
der nicht unberechtigten Ansicht war, daß Frankreich bei  
seiner derzeitigen italienischen Orientierung Griechenlands  
Schwierigkeiten gegen die Anleiheerhebung erheben werde,  
deren Erreichung eine Notwendigkeit für die Sicherheit der  
innerpolitischen Konstellation war — rührten sich doch schon  
wieder die Kammensträger aller Parteien, war doch auch die  
Parteiloyalität brüchig geworden, wie das baldige  
Ausscheiden des Royalistenführers Zaldaris aus dem Kabi-  
nett bezeugte.

Dem stand gegenüber, daß Mussolinis Politik mit einem  
schwankenden Griechenland sich nicht zufrieden gab; genau  
so wenig, wie seinerzeit, als Dr. Nintschitsch im März 1920  
den „Sicherheitspakt zu Triest“ vorschlug und damit bei  
Mussolini keine Gegenliebe fand. Immerhin: in den An-  
leihefragen sicherte damals Italien dem griechischen Außen-  
minister die Unterstützung zu; obendrein scheint es nicht un-  
angebracht, daran zu erinnern, daß alsbald nach der Rück-  
kehr Michalakopoulos' aus Rom der griechisch-jugoslawische  
Satonik-Pakt (den Pangalos bekanntlich knapp vor sei-  
nem Sturz abgeschlossen hatte) dem griechischen Parlament  
mit dem Antrag des Außenministers zuging, denselben  
nicht zu ratifizieren. Inbetracht war damit die griechische  
Außenpolitik in das italienische Fahrwasser übergegangen;  
denn Frankreich hatte ein Interesse daran, daß dieser Pakt  
ratifiziert und damit die in gewissen Streitfragen verträgs-  
losen griechisch-jugoslawischen Beziehungen gütlich beein-  
flußt werden. Mussolini aber hatte ein Inter-  
esse, Jugoslawien und Griechenland aus-  
einander zu halten, selbst wenn es im italie-  
nischen Konzept damals nicht viel mehr als einer der vielen  
Druckversuche war, die Italien gegenüber Jugoslawien  
zur Anwendung brachte oder irgendwie beeinflusste.

Rückblickend muß man wohl sagen, daß Frankreich tat-  
sächlich selbst diesen Orientierungsversuch der griechischen  
Politik über vermehrte. Anlässlich der Herbsttagung des  
Völkerbundes kam dies insofern zum Ausdruck, als Frank-  
reich gegen die Aufhebung der griechischen Anleihe Einspruch  
erhob und diesen damit begründete, daß Griechenland zu-  
erst der Regelung seiner Kriegsschuldenverpflichtung nach-  
kommen solle und müsse. Daß dieser französische Einspruch  
in Griechenland um so mehr Verwirrung erregte, als es  
sich um die bereits betonte Stabilisierung des Regimes  
handelte, war vorauszu sehen; ebenso war es klar, daß  
Italien in diese Abfälligkeit Griechenlands gegenüber  
Frankreich einhakte; wohl durch italienische Verbindungen  
mit dem angelsächsischen Weltkapital traten amerikanische  
Anleihe-Angebote in den Gesichtskreis, an denen sich italie-  
nisches Kapital in größerem Umfange beteiligen wollte.  
Sah man die Richtung klarer, als Frankreich die Linie  
seiner bisherigen Griechenpolitik herumwarf und mit dem  
in Paris weilenden Finanzminister Kafandaris ein für  
Griechenland nicht ungünstiges Tilgungsabkommen traf,  
und damit weiterhin die Zusage verknüpfte, daß Frankreich  
nunmehr die Griechenanleihe nicht nur fördern, sondern sich  
auch an derselben beteiligen wollte.

Zu diesem Zeitpunkt erschien Venizelos in  
Athen. Zuerst hieß es, für einen Tag, daraus wurde  
eine Woche, ein Monat; es entstand Unruhe, weil man für  
den griechischen Kretenfer und seine Nationalverbände zwei-  
fellos manches übrig hat — aber seiner Führung wollen  
sich das Großteil selbst der heutigen republikanischen Par-  
teien nicht unterwerfen, denen der greise Ministerpräsident

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhal-  
tung und Wissen“.

## Beginn der Parlamentsarbeit

### Zusammentritt der Ausschüsse

Die Weihnachtsferien des Reichstages geben ihrem  
Ende entgegen. Allmählich legen deshalb auch die par-  
lamentarischen Arbeiten wieder ein. Zunächst  
gilt dies für die Ausschüsse, die zum großen Teil schon  
morgen zusammentreten. Da wir uns im Wahljahr  
befinden, so ist zweifellos mit einer erhöhten partei-  
politischen Tätigkeit zu rechnen, die leider nicht  
ohne Rückwirkung auf das Parlament zu bleiben ver-  
spricht. Wenn die Aussicht auf bevorstehende Wahlen  
pflügt gewohnheitsmäßig auch auf die parlamentarischen  
Körperschaften einzuwirken. Man möchte der Hoffnung  
Ausdruck geben, daß unter dieser Stimmung die sach-  
liche Arbeit nicht allzu sehr leidet.

Es stehen erste und schwere Aufgaben bevor, für deren  
Erledigung eine ruhige und würdige Behandlung nötig  
ist. Dabei muß alles getan werden, damit vermieden  
wird, daß die Arbeiten in eine zu aufgeregte Atmosphäre  
hineingeleiten. Schon jetzt sucht die Opposition durch die  
Häufung von Nachrichten über das Reichsschulgesetz die  
Lage nicht etwa zu klären, sondern zu verwirren und zu  
verwirren. Die Regierungsparteien sollten sich durch die-  
ses Mäandern nicht betriren lassen, sondern getragen von der  
redlichen Absicht auf Einigung in ihren Vorgesprächen,  
deren Notwendigkeit auf der Hand liegt, ruhig fortfahren.  
Das ist unseres Willens auch beabsichtigt.

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungspar-  
teien des Reichstages hat am Dienstag nachmittag eine  
dreistündige Besprechung über den Reichsschulge-  
setzentwurf abgehalten. Der Ausschuß will seine  
Beratungen am Mittwoch nachmittag um 2 Uhr fortset-  
zen. In der Beratung am Dienstag wurden die Pa-  
rographen 14 bis 20 des Reichsschulgesetzentwurfes durch-  
gesprochen. Die einzelnen Parteien legten ihren Stand-  
punkt zu den Fragen der Aufsicht über den Religions-  
unterricht und über die Simultanschulfragen dar. Die  
Fragen wurden eingehend durchgesprochen, ein sach-  
liches Ergebnis aber noch nicht erzielt.

Der Ausschuß zur Beratung des neuen Straf-  
gesetzbuches wird am 12. Januar zusammentreten.  
Man ist jetzt so weit, daß man die Erörterung der ersten  
Lesung des besonderen Teiles vornehmen kann. Zu erwar-  
ten ist, daß die Arbeiterkammergesetzgebung we-  
ter gefördert und zum Abschluß gebracht wird. Woh-  
nungsbau und Meteorik werden gleichfalls in  
der kommenden Periode eine Rolle spielen. Dazu kommt  
das Schlußabschließengesetz und das Rentnerver-  
sorgungsgesetz. Nach der Ankündigung von Reichs-  
finanzminister Dr. Köhler, die in den letzten Tagen vor  
den Weihnachtsferien erfolgt ist, muß auch mit dem Pen-  
sionsgesetz für politische Beamte gerechnet  
werden, eine Vorlage, deren Erledigung uns dringend er-  
scheint. In gleicher Weise muß unter allen Umständen die  
Ablösung der Renten der Standesherren erledigt  
werden, da vor allen Dingen Preußen einen Aufschub  
nicht ertragen kann. Hier wird der Reichstag eindeutig zu  
beweisen haben, ob er Verantwortungsgefühl genug besitzt,  
um die übertriebenen Ansprüche der Standesherren ent-  
schieden zurückzuweisen. Nach der Lage der Dinge ist es

nicht ausgeschlossen, daß es hierbei zu lebhaften politischen  
Erörterungen kommt. Zu verabschieden ist möglichst bis  
zum 1. April der Reichshaushalt, mit dessen Be-  
ratung eben erst in den Ausschüssen begonnen wird.

Das Arbeitsfeld des Reichstages für die kommende  
Zeit ist also groß; es enthält schwierige und ernste Fragen,  
die Zündstoff genug bieten und dazu führen können, daß  
die Lebensdauer des Parlaments verkürzt wird. Was uns  
namentlich erregt, ist die Mahnung an alle, unter der  
Wahlstimmung den sachlichen Ernst der Arbeit nicht leiden  
zu lassen.

Die Plenarverhandlungen des Reichstages  
beginnen am 19. Januar mit der Einbringung des Reichshaushalts  
durch den Reichsfinanzminister Dr. Köhler. An die  
große Rede Köhlers wird sich die allgemeinpolitische Aussprache  
anschließen.

## Eröffnung der französischen Kammer

Paris, 11. Januar.

Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung der Kammer  
der ersten Sitzung nach den Weihnachtsferien — hielt der  
Vizepräsident, der radikale Abgeordnete Pinard, eine  
mit starkem Beifall aufgenommenen Rede auf den Frieden, in  
der er u. a. sagte, die Entschleunigung der Völker zum Frieden  
sei derart, daß man den Triumph des Weltfriedens, dessen  
Hoffnungen auf der Haager Friedenskonferenz geboten wor-  
den, erwarten dürfe. Der Mensch könne und dürfe nicht Feind  
des Menschen sein. Der Vizepräsident wies dann auf die  
unendlichen Wunden hin, die der Krieg geschlagen hat, und  
schloß mit einer Huldigung und dem Ausdruck der tiefsten  
Anerkennung an die, die seit langem gekämpft hätten, und  
die noch kämpften, um unter allen Völkern den Weltfrieden  
anzuwachen.

Der Sitzung der Kammer wohnten fast sämtliche Minister  
bei. Die fünf kommunistischen Abgeordneten, zu deren Ver-  
haftung eine große Zahl von Wehrdienstpflichtigen aufgeboten  
war, die den ganzen Kammerbezirk umstellten, waren nicht  
anwesend.

Die geplante Verhaftung der fünf kommu-  
nistischen Führer, darunter Cachin und Doriot, wird  
nicht besprochen. Die Kammer hatte sich in der letzten Session  
gegen die Verhaftung ausgesprochen. Während der Parla-  
mentssitzungen waren die fünf Kommunisten verschwunden. Der  
Ministerrat steht nun auf dem Standpunkt, daß der Beschluß  
der Kammer mit dem Ende der vorigen Session hinlänglich ge-  
worden ist. Die Regierung will nun bei Beginn der neuen  
Session zur Verhaftung der Abgeordneten übergehen. Wie  
der Innenminister Sarraut nach dem Ministerrat den  
Journalisten sagte, will die Regierung eine sehr deutliche  
Erklärung in diesem Sinne in der Kammer abgeben,  
sobald das Bureau der Kammer gewählt ist, das heißt  
spätestens am Donnerstag. Fall bei dieser Debatte ein  
neuer Antrag auf Freilassung der fünf Abgeordneten  
für die Dauer der Tagung eingebracht werden sollte, werde die  
Regierung für die Ablehnung des Antrages die Vertrau-  
ensfrage stellen. Ein solcher Antrag wird außer von den  
Kommunisten auch von der sozialistischen Fraktion eingebracht  
werden.

Zaimis und der ebenso greise Staatspräsident Konduriotis  
lieber ist als der schlaue Kretenfer. Immerhin: außen-  
politisch schien Venizelos gleichsam als Beobachter in Athen  
aufgetaucht zu sein und dadurch für Frankreich eine Verüh-  
gung zu bedeuten, weil an der französischen Einstellung  
Venizelos wirklich nicht gut zu zweifeln ist. Und dennoch —  
Michalakopoulos fuhr nach Rom, die weil die venezianischen  
Blätter mit großer Zurückhaltung diese Reise besprachen,  
wobey innerhalb Griechenlands gewisse Gerüchte entstan-  
den sein mögen, Michalakopoulos habe eine Volkschaft Veni-  
zelos an Mussolini überbracht.

Da die Frage der Staatsanleihe bereits auf der Linie  
der widerspruchsfreien Entwicklung angelangt ist, so diente  
diesmal Michalakopoulos' zweite Kommando nicht mehr der  
Finanzfrage. Tatsächlich ergibt sich aus allen vorliegen-  
den Nachrichten, daß man über den Dodekanesos ge-  
sprochen habe. Nicht daß Italien daran dachte, zugunsten  
einer italienisch-griechischen Verbrüderung den Dodekanesos  
zu räumen — darüber ist man sich in ganz Griechenland  
im klaren. Aber über gewisse Erleichterungen ge-  
genüber der griechischen Bevölkerung in  
administrativer und kultureller Hinsicht wurde gesprochen  
und diese Aussprachen sollen zur vollen Zufriedenheit der  
Griechen verlaufen sein. Infolgedessen werden sich die  
solcher Art geknüpften griechisch-italienischen Verständi-

gungsfäden zu einem Abkommen verdichten, das außer-  
lich mit dem Dodekanesos zusammenhängt. Die Begrün-  
dung, die diese Aussichten in der griechischen und italie-  
nischen Presse fanden, sind zweifellos beachtenswert, weil  
sie doch weitgehend über den Wärmegrad hinausgehen, den  
sonst ein Ereignis von nicht gerade grundlegender Bedeu-  
tung zu finden pflegt. Die warmen Töne sind um so be-  
merkenswerter, als es noch in früher Erinnerung steht,  
mit welcher kalten Worten die gesamte griechische Presse den  
franko-jugoslawischen Vertrag zur Kenntnis nahm. In-  
folgedessen wollen auch die Gerüchte nicht verkümmern, daß  
hinter dem „kulturellen Abkommen den Dodekanesos betref-  
fend“ weitere Abmachungen stehen, welche der Öffentlich-  
keit noch vorenthalten werden.

Welche können diese nun sein — oder besser gesagt —  
was kann Italien Griechenland bieten? Denn daß Italien  
den Griechen für einen Freundschaftspakt, der trotz der  
italienischen Souveränität über den Dodekanesos zuwande  
kommt, etwas bieten muß, scheint klar. Mit „Reins-  
asiatischen Möglichkeiten“ ist nichts mehr zu machen; als  
England und die Türkei noch im Konflikt standen, da  
hatte Mussolini der englischen Politik den Dienst erwiesen,  
Griechenland mitgezogen und nach dem Mussulfrieden ent-  
geltlos entlassen. Heute legt — wie „Popolo d'Italia“  
feststellt — Italien auf gute Beziehungen zur